

militärischen Wettrüstens) die Steuer-gelder in die rechten Bahnen zu lenken habe, und der mitleidigen Gesten der breiten Bevölkerungsmasse andererseits, die sich durch 20-Pfennig-Spenden von der Gewissensunruhe angesichts sozialer Mißstände loskaufen möchte. Einige forderten sogar die „Selbstliquidierung der freien Wohlfahrtsverbände“. Es waren aber interessanterweise Vertreter staatlicher Stellen, die dem entgegenhielten, die freien Verbände könnten auf unerwartete und neuentstandene Notstände spontaner und flexibler reagieren als die staatlichen Sozialämter, die gesetzlich enger gebunden seien.

J. A. Bakker vom niederländischen Ministerium für Sozialwesen hielt manchem Utopisten entgegen, in einer dynamischen Gesellschaft sei ein perfekter Versorgungsstaat gar nicht realisierbar, weil stets neue Bedürfnisse entstünden. Freie Verbände blieben unerlässlich, denn da man dem Staat bereits „das Notwendigste abbetteln“ müsse, könnten nur sie die Energie aufbringen, auch für das „Wünschenswerte“ einzutreten. Bakker konnte mitteilen, daß in Holland alle freien Initiativen zu 90 Prozent aus öffentlichen Mitteln subventioniert werden. Aber selbst Vertreter des Bundesinnenministeriums konnten keine Vergleichszahl nennen, sie beschränkten sich auf die Feststellung, daß der Anteil staatlicher Zuwendungen schwer zu eruieren sei, insgesamt aber niedriger als in den Niederlanden liege. Pressevertreter bezweifelten, daß die Sozialarbeit überhaupt an Public Relations interessiert sei. Ob es nicht bezeichnend für den Widerstand gegen kritische Durchleuchtung der Verhältnisse in den Verbänden sei, so wurde gefragt, daß namhafte Soziologen in der Sozialarbeit nicht zu finden seien? Prestigefragen und unfruchtbares Konkurrenzdenken behinderten die Arbeit und verschlängten große Summen. Demgegenüber betonten die „Beschuldigten“, sie wüßten sehr genau, was bei ihnen „faul“ sei, es liege aber letzten Endes an der falschen Einstellung der Öffentlichkeit. Selbst bei den Sozialpolitikern fänden sie für ihre Anliegen zu wenig Gehör. Die Medien müßten ihnen hier helfen, Zielgruppen anzusprechen (Ärzte, Politiker), denn die breite Öffentlichkeit nehme Informationen nur sehr selektiv auf. Während jüngere Rundfunkleute „Agitation“ zur Schaffung

eines Problembewußtseins, ja selbst die „Revolutionierung der Gesellschaft“ forderten, konnten einige Verwaltungspraktiker überzeugend die Grenzen ihrer Möglichkeiten aufweisen.

Spannungen gab es nicht nur zwischen Vertretern der Öffentlichkeits- und der Sozialarbeit. Die Vorträge und Diskussionen machten deutlich, daß auch zwischen freien Wohlfahrtsverbänden und staatlichen und kommunalen Stellen Meinungsverschiedenheiten bestehen, daß die freien Verbände untereinander rivalisieren und daß schließlich die Verbände in sich heftige Auseinandersetzungen erleben. U. a. wies E. Schnydrig vom Deutschen Caritasverband darauf hin.

Geht es ohne Wertvorstellungen?

Die Frage nach der Wertgebundenheit sozialer Arbeit und der Vorwurf der „Ideologie“ waren zumindest stets latent vorhanden und kamen öfters zum Ausbruch. Die „Gesellschaft“ wurde beschuldigt, überholten Moralvorstellungen nachzuhängen, wenn sie Begriffe wie „selbstverschuldete Not“ weiterschleppe — was nicht unbestritten blieb. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß psychisch Kranke nicht mehr Entgegenkommen zu erwarten hätten als Kriminelle und Suchtkranke. Unter heftigem Widerspruch wurde beispielsweise der Caritas vorgeworfen, sie „diskriminiere“ nach wie vor uneheliche Kinder und ledige Mütter. Daß es zu Gewissenskonflikten gelegentlich kommen könne, zum Beispiel wenn im Rahmen der Eheberatung in einem bestimmten Fall nach menschlichem Ermessen Scheidung anzuraten sei, wurde von katholischer Seite eingeräumt. Gelegentlich kamen besonders gegenüber der kirchlichen Wohlfahrtspflege ererbte Emotionen zum Durchbruch. Die kirchlichen Vertreter zeigten sich in

solchem Disput relativ ungeübt, obwohl besonders von publizistischer Seite häufig gegen nicht mehr vorhandene oder im Schwinden begriffene Einstellungen polemisiert wurde. Generelle Zustimmung fand indes die Forderung, die noch da und dort feststellbare „Arroganz“ im Umgang mit den Klienten müsse in staatlichen wie in freien Einrichtungen abgebaut werden. Durch Öffentlichkeitsarbeit müsse dem Bürger klargemacht werden, daß er bei Inanspruchnahme der Fürsorgestellen einen Rechtsanspruch geltend mache, der auf den eigenen Steuerleistungen beruhe.

Was das eigentliche Thema, die Öffentlichkeitsarbeit in der Wohlfahrtspflege, betraf, so war man sich eher über die Grenzen der Wirkmöglichkeiten klar als über sachgerechte Werbung. Die wesentliche Frage nach dem Berufsbild des Sozialarbeiters und seine auch von Ausbildung und Gehalt bestimmte gesellschaftliche Stellung wurden nur gestreift, obwohl jeder Sozialarbeiter bereits durch seine Person in gewissem Sinne „Öffentlichkeitsarbeit“ betreibt.

In einer an das Innenministerium adressierten Resolution forderten die Teilnehmer u. a. die Errichtung eines unabhängigen Zentralinstituts für Sammlung und Verbreitung der Informationen aus dem Sozialbereich und eine Enquête über den Stand der deutschen Sozialarbeit. Das Fehlen einer solchen Untersuchung wurde auf diesem Seminar besonders deutlich. Ebenso notwendig wären systematische Arbeiten über die Beziehungen von Public Relations und Sozialarbeit. Die künftigen Aufgaben der Sozialarbeit seien in Umrissen bereits erkennbar, aber die notwendigen Vorbeugemaßnahmen stünden noch aus (Grewe-Partsch). Die Sozialarbeit habe hier eine „gesellschaftskritische Funktion“ zu erfüllen (Bakker), die durch Öffentlichkeitsarbeit effektiv werden müsse.

Pax-Romana-Kolloquium über die Autorität

Im Rahmen einer seit einiger Zeit geübten Praxis hatte die „Internationale Bewegung katholischer Akademiker“ (Pax Romana) für die Zeit vom 7. bis 9. Juni 1969 zu einem ihrer traditionellen Experten-Kolloquien eingeladen, bei dem durch direkte und interdisziplinäre Diskus-

sionen gewisse aktuelle Themen behandelt werden sollten, die für das christliche Denken Probleme aufwerfen. Hatte man sich bisher u. a. mit Teilhard de Chardin oder sozial-ethischen Themen wie „Soziale Ungerechtigkeit und die Ethik der Revolution“ beschäftigt, so galt dies-

mal das Interesse dem Thema „Person und Institution: die sozialen und religiösen Interrelationen“. Von den zunächst Eingeladenen konnten eine ganze Reihe nicht teilnehmen, so daß sich schließlich nur etwa 30 Experten, hauptsächlich aus den Bereichen Soziologie, Psychologie und Theologie, zum Gespräch im Anschluß an einige Referate trafen. Die Teilnehmer rekrutierten sich ausschließlich aus Europa: die meisten kamen aus den Benelux-Ländern, ferner waren die Schweiz, Frankreich, Spanien, England, Polen und die USA sowie — eher mit einem Beobachter als mit einem Experten — die Bundesrepublik vertreten. Zwar hatte man zunächst Prof. H. Küng und Doz. N. Greinacher eingeladen. Vermutlich hätte man aber nach deren Absage „zum Ausgleich“ doch noch andere deutsche Teilnehmer finden können. Besonders aber war die völlige Abwesenheit überseeischer Gesprächspartner zu bedauern.

Kardinal Suenens erklärte sich

Durch das kurz zuvor bekanntgewordene Interview von Kardinal Suenens gewann nicht nur die Teilnahme dieses Gesprächspartners an Bedeutung, sondern wurde auch zugleich der *Schwerpunkt* des gesamten Treffens gesetzt. Gleich zu Anfang nahm Kardinal Suenens noch einmal zum „Problem der Autorität in der Kirche zur gegenwärtigen Stunde“ Stellung, wobei er überwiegend die Aussagen des Interviews bekräftigte und erläuterte. Als Gründe für die Gewährung des Interviews zum gegenwärtigen Zeitpunkt nannte er die bisher nicht vollzogenen Konsequenzen des Zweiten Vatikanums und die bevorstehende Synode. Die letzte Synode sei hinter dem Konzil zurückgeblieben. Und für die kommende außerordentliche Synode sei dies noch mehr zu erwarten, da man es dabei mit einer nichteuropäischen Mehrheit zu tun hätte. Die Gefahr eines Schismas hielt er nicht für gegeben. Vielmehr müsse und werde sich die Pluralität in der Einheit letztlich durchsetzen. Das Problem der Kollegialität müsse mehr noch als bisher betont werden. Seiner Meinung nach können aber heute in der Kirche Einzelpersonlichkeiten mehr erreichen als Delegierte. Auch zur Mobilisierung stagnierender lokaler Kir-

chen könne eine Zentrale mit guter Kommunikation am besten beitragen. Nach einem Hinweis auf eine unbedingt erforderliche Reform des Kanonischen Rechts legte er noch einmal großen Wert auf die Durchsetzung und Gewährung von Experimenten jeglicher Art, da eigentlich nur so der beste Weg gefunden und auf die Dauer Fortschritte erzielt werden könnten. Auf die *Reaktionen* auf sein Interview ging der Kardinal nicht ein. Hatte das Treffen mit den Ausführungen von Kardinal Suenens begonnen, so stand am Ende der Konferenz, bei der man immer wieder auf diesen Vorstoß zurückkam, der Beschluß aller Teilnehmer, sich in einer in Kürze an die Öffentlichkeit — vornehmlich an die europäische Bischofskonferenz — gerichteten Deklaration offiziell hinter das Interview des Kardinals zu stellen und ferner die wichtigsten Ergebnisse der Diskussionen weiterzutragen.

Schwierigkeiten der Unterscheidung

Als äußerst nützlich erwies es sich, daß als Grundlage aller weiteren Diskussionen über das spezielle Problem der Autorität in der Kirche der Engländer D. Hay (Nottingham) und Prof. J. Remy (Soziologe an der Universität Löwen) jeweils aus der Sicht der Psychologie bzw. Soziologie diese Problematik beleuchteten. Der weitere Diskussionsbeitrag von F. Houtart (Löwen) wollte deutlich machen, daß man bei der Behandlung des Themas der Autorität in der Kirche nicht vorschnell von dem Problem der Autorität in Familie, Gesellschaft usw. ausgeht, da sich heute sehr konkrete kirchenspezifische Probleme stellten, für die besondere Kriterien gelten. Ganz konkret wurden diese Fragen von den Referenten J. Grootaers (Brüssel) und W. Goddijn (Rotterdam) angeschnitten, die sich mit den verschiedenen und doch so übereinstimmenden Entwicklungen der aktuellen Autoritätskrise in aller Welt bzw. mit dem konkreten Beispiel des holländischen Experiments beschäftigten. In großer Fächerung stellte Grootaers die einzelnen Erscheinungsformen heutigen Ausbruchs aus gewohnten Strukturen dar, wobei er zunehmendes soziales Engagement, biblische Geistigkeit und liturgische Neuerungen als allgemeine Phänomene eines neuen kirchlichen

Lebens den Krisenphänomenen, wie dem des christlichen Revolutionärs, gegenüberstellte. Dabei ergaben sich in zunehmendem Maße *Schwierigkeiten der Unterscheidung*. Die in den kirchlichen Institutionen geborenen „Krisen“ unterschied er nach Krisen des Klerus und Krisen des institutionalisierten Laienapostolats, wo sich — sehr unterschiedlich je nach Land — neben einer zunehmenden Ablehnung festgefügtter Formen immer mehr auch die Tendenz zu politischem Engagement zeige. Am Beispiel der Interkommunion machte er einige weitere Punkte heutiger Auseinandersetzungen und Gründe dafür deutlich.

W. Goddijn stand Rede und Antwort für die vom *holländischen Pastoralkonzil* aufgezeigten Möglichkeiten für neue Erfahrungen und Experimente. Am Beispiel des Problems der Solidarität in dem Dreistufenschema Rom-Bischof/Kardinal-Volk machte er deutlich, daß im Grunde die sich einem Kardinal oder Bischof ständig stellende Frage, ob er den Kontakt oder die Solidarität zu Rom oder zur regionalen Kirche in den Vordergrund stellen solle, kein theologisches, sondern ein psychologisches oder soziologisches Problem ist. So habe auch erst die Zusammenarbeit von Theologie, Soziologie und Psychologie zu dem Durchbruch in Holland geführt.

Mehrfach wurde in den Diskussionen auch das Beispiel des „Gesamtindischen Seminars“ (vgl. ds. Heft, S. 310) mit seinen 100 vorbereitenden Regionalseminaren, seiner Meinungsbildung und Information von unten her und mit allen Schichten gemeinsam als bedeutendes Beispiel für die zukünftigen Entwicklungen herausgestellt. Anleitungen für die notwendige Diskussion über gegenwärtige und mögliche künftige Konfliktsituationen boten der Weihbischof von Westminster, Chr. Butler, und Fr. Houtart. Bei dieser Gelegenheit wurde noch einmal der ganze Katalog heterogener nachkonziliarer „Fälle“ von Isolotto bis Halbfas angeführt.

Neue Formen der Mitsprache

In den Arbeitskreisen kam zusätzlich eine Fülle von Einzelbeispielen und Fragen zur Sprache. In der vielleicht wichtigsten Gruppe, in der es um die Perspektiven für die Zukunft ging, wurde zunächst ein neuer Mechanis-

mus für verstärkte soziale Kontrollen auch innerhalb der Kirche gefordert. Die Notwendigkeit der überörtlichen Zusammenarbeit glaubte man am besten am Beispiel der Schulfrage zeigen zu können, bei der vorschnelle lokale Entscheidungen in großem Maße die rationale Erarbeitung und zukunftsweisende Planung erschwerten, da Emotionen im Vordergrund stehen. Der Hierarchie warf man vor, daß man inzwischen zwar Platz für Strukturdiskussionen einräume, jedoch nur selten die kritische Mitbestimmung und -entscheidung zulasse. Noch seien keine Erfahrungen gemacht, wie man aus der Menge der in einer Pfarrei oder Diözese vorhandenen Meinungen eine Mehrheit bilden könne, die auch gehört werde. Mehrfach wurde auf die Notwendigkeit von Konflikten als eines normalen Bestandteils des Mechanismus eines Wechsels hingewiesen, doch schließe dies nicht aus, daß man überkommene Konfliktstoffe — wie das Beharren auf agrarischem Kirchentyp in einer hochindustrialisierten Zeit oder die ständige soziale Distanz zwischen Bischof und Gläubigen — endlich abbauen müsse. Immer stärker zeige sich, daß die augenblicklichen Konflikte weniger von Personen als von in Systemen verhafteten Persönlichkeiten verursacht würden. Das Aufbegehren revoltierender Laien, denen man lange Zeit hindurch etwas von Mündigkeit erzählt habe, ließe sich nach Meinung der Teilnehmer schnell mäßigen und vernünftig regeln, wenn man den Laien genügend Kontrollmöglichkeiten der einzelnen Entscheidungsgremien zubillige.

Künftige Wahlverfahren

Von hier war es nicht mehr weit zu konkreten Vorschlägen einer demokratischen Spielregeln berücksichtigenden Wahl für die verschiedenen Entscheidungsgremien. Hatte Weihbischof Butler schon vorher auf die einfache und doch sehr interessante Tatsache hingewiesen, daß ausgerechnet der Mann an der Spitze der Kirche nicht durch ein Sakrament, sondern durch eine demokratische Wahl „an die Macht kommt“, so erarbeitete der Arbeitskreis weitere Prinzipien und wünschenswerte Modi für eine solche Wahl auf den verschiedenen Ebenen. Man verwies darauf, daß demokratische Spielregeln wohl kaum möglich seien, so-

lange man nicht abwählbar sei und von Zeit zu Zeit Rechenschaft ablegen müsse. Durch ein solches Verfahren, für das Benediktinerklöster als Vorbild hingestellt wurden, würde die *Selbstkontrolle* zum Wohle aller und zur Bestätigung, Ermutigung und eventuell Korrektur des Amtsträgers beitragen. Gerade die päpstlichen Entscheidungen der letzten Zeit machten deutlich, wie wenig die Organe der Selbstkontrolle und Überprüfung an der Wirklichkeit und Meinung der anderen ausgebaut seien. Die große Diskussion habe leider immer erst hinterher eingesetzt — als es zu spät war und die Autorität wieder einmal einen Rückschlag erlitten hatte. Die Beachtung der Massenkommunikationsmittel und einer weniger falschen Informationspolitik der Kirche legte man große Bedeutung bei. Ohne eine Änderung auf diesen Gebieten seien Reformansätze von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Ausgehend von der Einsicht, daß ein Autoritärer auch immer die von oben an ihn weitergegebenen Weisungen ohne große Einwände ausführt, wurden schließlich verschiedene Formen für zukünftige Wahlverfahren von Bischöfen erarbeitet, mit denen man schon bald an die Öffentlichkeit treten will: Danach sollten zukünftig drei Stufen der Mitsprache berücksichtigt werden, nämlich 1. die lokale, bei der eventuell über eine Diözesansynode ein möglichst großer Bevölkerungsteil mitwirkt; 2. die nationale, bei der die Bischofskonferenz

und ein Nationaler Laienrat oder eine ähnliche Einrichtung gehört werden; 3. die universale, die Raum für Mitsprache und Einfluß auch über die Grenzen hinweg in der Weltkirche berücksichtigt. Außerdem sollte niemand länger als zehn Jahre im Amt bleiben dürfen und nur eine einmalige Wiederwahl nach fünf Jahren oder in einer anderen Diözese möglich sein. Jeglicher politische Einfluß müsse strikt unterbunden und jede zur Zeit noch bestehende, das ganze System korrumpierende „Aufstiegs- und Empfehlungsliste“ so schnell wie möglich beseitigt werden. Zukünftige Entscheidungen (oder zunächst Diskussionen) werden zeigen müssen, ob man mit diesen Vorstellungen im luftleeren Raum agierte oder wenigstens einen Kern heutiger Autoritätsproblematik getroffen hat. Aus der Sicht, daß die Autoritätsfrage der Kirche auf einer anderen Grundlage beruhe und andere Probleme involviere als die gleiche Frage in Familie und Gesellschaft, ist die weitgehend bei dem Treffen fehlende Frage nichtkirchlicher Autorität zu verstehen, dennoch hätte manchmal eine Verbindung zu ähnlichen Erscheinungen in der Gesellschaft vielleicht etwas weiterhelfen können. Auch das Problem wachsender Spannungen im Gefolge der einsetzenden oder gewünschten Neuerungen müßte bei dem in nicht allzu ferner Zeit geplanten Fortsetzungsgespräch berücksichtigt werden, um ein noch geschlosseneres und realistischeres Bild zu geben.

Spanische Bischöfe zur tendenziösen Presseberichterstattung

Immer neue Vorfälle lassen das Ringen weiter Kreise der spanischen Kirche um ihre Freiheit und gleichzeitig die Zweideutigkeit des offiziellen Katholizismus erkennen. Zahlreiche Priesterverhaftungen, die schließlich in der Festnahme des angesehenen Generalvikars von Bilbao, *J. A. Ubieta López*, gipfelten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 293), und das verwirrungstiftende Presseecho haben die Problematik der Beziehungen zwischen Kirche und spanischem Staat noch schärfer ins Licht gebracht. Obwohl eine weltoffeneren und „ökumenische“ Einstellung im spanischen Katholi-

zismus immer selbstverständlicher wird, bleibt die offizielle Berichterstattung über den kirchlichen Bereich in einem als „vorkonziliar“ zu charakterisierenden Tenor verhaftet. Reformfreudige Kräfte im In- und Ausland werden dadurch in die Nähe der bekanntermaßen diskriminierten „akatholischen“ Minderheiten gebracht. Sie kommen ohnedies zumeist nur in gezielten Agenturauszügen zu Wort, vielfach durch Sensationalismen verzerrt oder absichtlich verfälscht. Dieser Vorwurf gilt einem Großteil der Tagespresse sowie den staatlichen Agenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten.